

## Necnazis in der BRD sind gegen Entspannung

Das politische Klima in der BRD hat dem Neonazismus in den letzten Monaten mächtigen Auftrieb gegeben. Die politischen Ziele der braunen Organisationen sind sogar durch Grundsatzurteile maßgeblicher BRD-Gerichte für „legitim“ erklärt. Ziel ist die Wiederherstellung von Hitlers Großdeutschland zumindest in den Grenzen von 1937.

So stellte ein neonazistisches Blatt am 2. September 1977 in einer „Touristenempfehlung“ fest: „Wenn Sie nach Oberschlesien, Niederschlesien, Pommern, Ost- und Westpreußen oder Danzig fahren, besuchen Sie Gebiete, die nach zwei klaren Entscheidungen des obersten deutschen Gerichts, des Bundesverfassungsgerichts (BVG), weiterhin rechtlich zum Deutschen Reich gehören und nur unter polnischer bzw. russischer Verwaltung stehen.“

Die gleiche dem Völkerrecht widersprechende Position beziehen die Revanchistenverbände. Im „Presse-dienst Schlesien“ hieß es beispielsweise am 17. Oktober 1977: „Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße ist aus der rechtlichen Zugehörigkeit zu Deutschland nicht entlassen und nicht Ausland geworden, denn ‚Das Deutsche Reich existiert fort‘, gemäß den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts von 1973 und 1975.“

Die bundesdeutschen Neofaschisten und Rechtsextremisten gehen sogar so weit, von den Verbündeten der BRD die Anerkennung ihrer revanchistischen Ansprüche zu fordern. So verlangt der CDU-Politiker und Revanchistenführer Hupka, daß „die deutsche Frage und ihr Offenhalten Gegenstand der Tages-

ordnung“ des sogenannten westeuropäischen Parlaments bleibt. Ziel ist die Torpedierung der Politik der friedlichen Koexistenz.

Die Entspannungspolitik wird verleumdet, und es werden die völkerrechtlich gültigen Verträge negiert, die die BRD-Regierung mit der Sowjetunion, Volksrepublik Polen, CSSR und DDR abgeschlossen hat. So erklärte der stellvertretende NPD-Vorsitzende Schmitz am 7. Dezember 1977 in Frankfurt (Main) diese Verträge kurzerhand für „null und nichtig“. Ins gleiche Horn bläst auch der revanchistische „Bund der Vertriebenen“. In einem zentralen Informationsblatt werden, als Stichworte gegeben:

Gegen die Vereinbarungen von Helsinki

- gegen die bilateralen Verträge der BRD mit sozialistischen Ländern.

Und wörtlich dazu: „Ungerechte, unausgewogene und möglicherweise durch Täuschung zustande gekommene Verträge sind schon oft geändert worden.“

Ziel ist das Hochputschen nationalistischer Rachegefühle.

Realistisch gesinnte Politiker und progressive Bürger werden als „Volksfeinde“ und „Verräter“ beschimpft, mit denen abgerechnet werden soll. Ganz in diesem alten Nazi-Stil heißt es in der Juli-Ausgabe 1977 des NPD-Organs „Deutsche Stimme“: „Wenn wir siegen, werden die Ergebnisse des 2. Weltkrieges revidiert... Dann werden sich die zu verantworten haben, die Deutschlands Teilung durch Unterschrift sanktioniert haben.“

Um den „Status quo“ zu liquidieren und die abenteuerlichen Konzeptionen zur Praxis werden zu lassen, wird im Stile von Hitler, Goebbels und Göring nach „Waffen“ gerufen. Der neonazistische „Deutsche Anzeiger“ am 12. August 1977: „Unser Staat braucht mehr Rüstung und eine weitaus stärkere Bundeswehr.“

(NW)

## Information

### Erste Schlußfolgerungen und Aufgaben

Sofort nach der Veröffentlichung der Rede des Genossen Erich Honecker vor den 1. Kreissekretären trafen sich die Parteileitung, die BGL und die FDJ-Leitung sowie die verantwortlichen Wirtschaftsfunktionäre des VEB Berliner Aufzugs- und Fahrtreppenbau. Der Parteisekretär und der Betriebsdirektor gaben einen ersten Überblick über den Inhalt der Rede. Die Beratung legte erste Maßnahmen fest: 1. Die staatlichen Leiter werten in ihren Kollektiven die Rede gründlich aus

und ziehen daraus Schlußfolgerungen für die tägliche Arbeit. 2. Die Rede ist in den Schulen der sozialistischen Arbeit auszuwerten. 3. In den Zirkeln junger Sozialisten studieren die Teilnehmer die Rede des Genossen Erich Honecker.

In der Mitgliederversammlung im Februar wurde eine erste Auswertung der Rede vorgenommen. Einige Parteigruppenorganisatoren und Leiter legten dazu Gedanken dar. Von der Parteileitung erhielt der Parteisekretär den Auftrag, mit

allen Parteigruppenorganisatoren und Agitatoren die Vorbereitung der Parteigruppenversammlungen zu beraten. Die Parteileitung beschloß weiter, mit allen Funktionären der Partei, der Gewerkschaft und der FDJ sowie den Leitern neue und höhere Ziele im sozialistischen Wettbewerb zu beraten. Die Mitgliederversammlung im Monat März wird weitere Aufgaben, die sich aus der Rede des Genossen Erich Honecker ergeben, beschließen und in das Kampfprogramm der Grundorganisation der Partei aufnehmen.

(NW)